

zu Mann herbeigeführt werden. Bethmann konnte kein Vertrauen mehr aufbringen und versagte sich.¹

So geschah nichts, und der Sturm brach los, als der Reichstag zusammentrat und Erzberger frisch und tatendurstig von Wien eintraf, aber getränkt mit dem Pessimismus, der dort herrschte.

Am 11. wurde die Julibotschaft des Kaisers veröffentlicht, die das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht dem Volke versprach. Bethmann Hollweg trat am 13. Juli zurück.²

Als ich an diesem Tage in Berlin eintraf, fand ich eine geradezu hysterische Erregung vor, die durch die Hundstagshitze noch gesteigert wurde.

Die widerspruchsvollsten Nachrichten wurden noch am Abend an mich herangebracht: Bethmann ist entlassen worden, weil er im Begriff stand, sich dem laubaldischen Joch der Friedensresolution zu beugen — so sagten die einen; die anderen behaupteten mit gleicher Bestimmtheit: Erzberger hat ihn beseitigt, weil er die Resolution nicht annehmen wollte.

In Wahrheit mußte er gehen, weil die Oberste Heeresleitung und einzelne Parlamentarier ihn stürzen wollten und die Sozialdemokraten ihn nicht mehr hielten. Aus den verworrenen Gerüchten löste ich im Laufe der nächsten Tage die folgenden Informationen heraus:

Am 5. Juli hatte Scheidemann sehr scharf gegen die Entschlußlosigkeit Bethmanns gesprochen. Tags darauf erfolgte der Vorstoß Erzbergers³ im Hauptausschuß ohne jede Warnung. Er bestritt der Marine ihre Rechnung, erklärte, kein Vertrauen mehr zum Staatssekretär der Marine, Capelle, zu haben, und schloß mit der Forderung, die Regierung solle sich zu einem reinen Verteidigungskrieg bekennen und von Eroberungsabsichten lossagen. Der Enttäuschung über den U-Boottkrieg und der Sorge um Österreichs Durdhaltekraft gab er hemmungslosen Ausdruck. Im Anschluß an diese Sitzung wurden auf Raumanns Antrag interfraktionelle Besprechungen eingeleitet zwischen Vertretern der drei Parteien: Zentrum, Sozialdemokratie und Fortschrittliche Volkspartei. Es kam zur Einigung in der inneren und äußeren Politik auf der folgenden Grundlage: allgemeines, gleiches, geheimes Wahlrecht für Preußen, keine Zwangs-

¹ Eine interessante Parallele ist das Verhältnis von Bismarck und Moltke im Kriege 1870/71, vgl. Oelen, Großherzog Friedrich von Baden und die deutsche Politik von 1854 bis 1871, II. Band, S. 293 ff., 305 f., 313 ff., 327 f. Über Moltkes Stellung zur Politik („ich habe mich nur um militärische Dinge zu kümmern“) vgl. ebenda 300 ff.

² Die Bekanntmachung erschien erst am 14. Juli 1917.

³ Vgl. W. Erzberger, Erlebnisse im Weltkrieg, Stuttgart und Berlin 1920, S. 255 ff., ferner C. Bauhmann, Schlaglichter, Frankfurt a. M. 1924, S. 95 ff.